

U-Ausschuss: Staatsanwälte rügt man nicht

Die obersten Ankläger beklagen sich über den „Mandatsmissbrauch“ von Parlamentariern, weil diese ihnen Lachheit bei Politfällen unterstellen. Davon unbeeindruckt, schießt die Opposition gleich wieder zurück.

Nina Weissensteiner

Wien – Die Staatsanwälte haben es satt. Ständig ist im Spitzel-U-Ausschuss von „Regierungsjustiz“ die Rede. Dauernd wird ihnen dort „vorausseilender Gehorsam“ unterstellt. Oder sogar vorgeworfen, Politikerkandale zu verschleppen, anstatt als oberste Ankläger schonungslos durchzugreifen. – Am Freitag, im Café Landtmann, warfen Landesvertreter den Abgeordneten im Kontrollgremium deshalb „Mandatsmissbrauch“ vor.

Wolfgang Swoboda, Vorsitzender der Vereinigung österreichischer Staatsanwälte, meinte sogar, einzelne Parlamentarier hätten den U-Ausschuss missbraucht, um „weit abseits des Gegenstands der Untersuchung“ die geladenen Staatsanwälte zu den gegen sie selbst laufenden Strafverfahren zu befragen. Namen wollte Swoboda keine nennen, denn: Staatsanwälte dürfen zu laufenden Verfahren ja grundsätzlich keine Auskunft geben – und außerdem wolle die Landesvertretung jetzt nicht noch „zusätzliches Öl ins Feuer gießen“.

Dafür nahm sich Klaus Schröder, Vorsitzender der Sektion Richter und Staatsanwälte in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, kein Blatt vor den Mund: Der grüne Sicherheitsprecher Peter Pilz etwa, erklärte Schröder, habe, nachdem aufgenommen war, dass eine Anzeige gegen Ex-Innenminister Ernst Strasser (ÖVP) „vergessen“ worden ist, behauptet, die Staatsanwaltschaft würde Regierungspolitiker gezielt schonen.

Hintergrund: Obwohl E-Mails Strassers aufgetaucht waren, die den Verdacht auf politisch motivierte Postenbesetzungen in seiner Amtszeit nahelegen, hatte dies keinerlei Konsequenzen. Zu dem Fall hat Justizministerin Claudia Bandion-Ortner (ÖVP) vor kurzem erklärt, dass ein Staatsanwalt einen Akt „übersehen“ habe und bereits eine dienstaufsichtsbehördliche Überprüfung beauftragt wurde.

Schröder dagegen weist die Vorwürfe, dass dies bei Politfällen System haben könnte, zurück. Er spricht von „parteilichter Polemik auf niedrigstem Niveau“ und „Zuständen wie im hintersten Tadschikistan“. Denn die österreichische Justiz habe in der Vergangenheit „vom Bundeskanzler abwärts“ sehr wohl auch Regierungsmitglieder verurteilt.

Um Spekulationen von Weisungen der Justizminister künftig abzustellen, will Swoboda das Weisungsrecht einem Experten ohne politischen Hintergrund übertragen, hier sehen die Staatsanwälte den Gesetzgeber – das Parlament – gefordert.

Opposition doppelt nach

Zwei U-Ausschuss-Mitglieder doppelten nach den Rügen der öffentlichen Ankläger gleich nach. Im STANDARD-Gespräch erklärte der Grüne Pilz: „Die Herrschaften von der Staatsanwaltschaft sollen nicht glauben, dass sie tun und lassen können, was sie wollen – noch dazu, wo die Justizministerin selbst zugegeben hat, dass Fehler passiert sind. Sie sollen ihre Arbeit machen, aber die parlamentarische Kontrolle kann nicht von der Gunst der Staatsanwälte abhängen.“

Ähnlich dazu BZÖ-Justizsprecher Ewald Stadler: „Die demokratische Kontrolle“, meinte er, gelte auch für „selbsternannte Talar-Aristokraten. Die Damen und Herren Staatsanwälte“ könnten sich „zwar beim Salzamt beschweren, sie werden sich aber nie aussuchen können, welcher gewählte Mandatar welche Kontrollfunktion in einem Rechtsstaat einnimmt“.



Wolfgang Swoboda, Vorsitzender der Staatsanwälte, argwöhnt, dass Abgeordnete im U-Ausschuss seine Kollegen zu gegen sie selbst laufende Strafverfahren befragen. Fotos: AP, APA; Montage: Beigelbeck

Dezentrale Flüchtlingshäuser bewähren sich

Landesrechnungshof Vorarlberg prüfte Flüchtlings- und Migrantenhilfe der Caritas

Jutta Berger

Bregenz – Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Vorarlberg keine großen Flüchtlingslager und -heime. Die dezentrale Unterbringung in Wohnungen und Häusern habe sich bewährt, stellt der Landesrechnungshof in einem grundsätzlich positiven Prüfbericht fest.

Aktuell leben in Vorarlberg 914 Frauen, Männer und Kinder mit Asylwerberstatus aus 40 Nationen in Flüchtlingshäusern und privaten Quartieren. Dazu kommen noch 1000 anerkannte Flüchtlinge, die Hälfte davon sind Kinder. Das Land Vorarlberg erfüllt seine Quote zu 90 Prozent.

Sparen könnte die Caritas, die vom Land vor fünf Jahren mit der Grundversorgung von Asylwerbern betraut wurde, bei den Wohnungsmieten, raten die Prüfer. Zwischen 2005 und 2008 hat sich die Zahl der Konventionsflüchtlinge verdoppelt. Für ihre Integration fehle ein Konzept, das Zugang zu Arbeit, Wohnen und Bildung ermöglicht, kritisiert der Rechnungshof. Ein solches Konzept zu erstellen sei Aufgabe des Landes, nicht der Caritas, verteidigt Grünen-Klubobmann Johannes Rauch die Flüchtlingshilfe. 43 Prozent der betreuten erwachsenen Konventionsflüchtlinge sind laut Caritas-Direktor Peter Klinger in einem Arbeitsverhältnis. „Die Menschen möchten arbeiten und bemühen sich auch sehr“, sagt Klinger, aber durch die derzeit schwierige Arbeitsmarktsituation hätten arbeitssuchende Konventionsflüchtlinge wenig Chancen.

Kritik kommt von Klinger an der langen Dauer der Asylverfahren. Ein Drittel der Asylbewerber warte bereits mehr als fünf Jahre auf den Asylbescheid. Es sei „unfassbar und auch kostenintensiv“, dass

der Staat so lange brauche, sagt Klinger.

Da Asylwerber keine Erwerbsarbeit annehmen dürfen, initiierte die Caritas das Projekt „Nachbarschaftshilfe“. Asylwerber können sich durch Garten- und Hausarbeit für einen Stundenlohn von 6,50 Euro Taschengeld verdienen. Von diesem Betrag bekommt die Caritas 50 Cent. 2008 leisteten Flüchtlinge

41.000 Stunden Nachbarschaftshilfe. Das Projekt stehe damit „in einem Wettbewerbsverhältnis zu den gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten“, üben die Prüfer leise Kritik.

2008 wurden für die Flüchtlings- und Migrantenhilfe 8,4 Millionen Euro an Leistungen abgerechnet, den Großteil trägt der Bund, zwei Millionen Euro das Land.

NEULAND

Fünf Augen auf den Schnee

Lustenau – Die Fotos von tollkühnen Typen auf fliegenden Brettern kennt man: Skispitzen über Abgrund, Salti vor blauem Gletschereis, der Schnee staubt. Daniel Driessler, Snowboarder und Jurist und Fotograf Daniel Zangerl wagen einen neuen Blick auf Schnee-Abenteuer und brauchen dazu gleich fünf

Augen. „Zwei des Fahrers, zwei des Fotografen und die Linse“, (Driessler). „EYE5“ rückt Natur und Landschaft ins Zentrum, Berg und Schnee sind den Rindern gleichgestellt. Nun wollten sie aber „raus aus der Szene“, rein in die warmen Galerien der Städte“. Auf gut Neudeutsch: „EYE5 meets art.“

Vier junge Kunstschaffende, Severin und Pirmin Hagen, Matthias Bildstein und Travis Parr, ließen sich von den Fotografien zu Lithografien und Objekten inspirieren. Neue Gipfel entstehen, Fotos verschwinden, werden eingesperrt oder weggeschmirgelt. Bei letzterer Intervention bleibt vom Schnee-Rider-Hochglanz nur ein Gläschen Staub. Die Ausstellung *Bellevue* ist bis 8. November, 11 bis 16 Uhr, im visavis in Lustenau zu sehen. Ab 21. November dann im Fotoforum West in Innsbruck und später in Wien und in Denver. (jub)



Künstlerische Intervention: Ein Foto wird zu Staub. Foto: Zangerl

DER STANDARD Web Tipp: www.ey5.at

Im Gespräch Andrea Breth: Frei für den Moment



Andrea Schurian (DER STANDARD) im Gespräch mit Andrea Breth und der Autorin Irene Bazinger über deren Arbeit an ihrem gemeinsamen Buch „Frei für den Moment“:

Andrea Breth ist eine der bedeutendsten Theaterregisseurinnen Europas. In Gesprächen mit der Theaterkritikerin Irene Bazinger äußert sich die sensible „Dienerin des Textes“ zu ihrer obsessiven Theaterleidenschaft und ihrer präzisen Textarbeit. Neben Erinnerungen an Kindheit und Jugend spricht die vielfach ausgezeichnete Künstlerin auch über künstlerische Misserfolge und Krisen, Regietheater und Lebenskunst.

Wann: Samstag, 14. November 2009, 19.00 Uhr

Wo: Palais Trauttmansdorff
Herrengasse 21
1010 Wien

Anmeldung zur Buchpräsentation*
unter: derStandard.at/Events

*Anmeldung aufgrund der begrenzten Platzkapazität erforderlich



Die Zeitung für Leserinnen

derStandard.at/Events

Häupl „am Bande“ geehrt

Nach 15 Jahren im Amt nimmt die Ordendichte an der Brust zu: Bürgermeister Michael Häupl wurde am Freitag von Bundespräsident Heinz Fischer das „Große Goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik“ überreicht. Foto: Corn

